

Stand: 14.03.2026 23:17:31

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/8670

"Zukunft gestalten: Jetzt in Ausbildung und Fachkräfte investieren!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/8670 vom 28.10.2025
2. Beschluss des Plenums 19/8704 vom 29.10.2025
3. Plenarprotokoll Nr. 62 vom 29.10.2025



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Johannes Meier, Markus Walbrunn, Roland Magerl, Franz Schmid, Elena Roon, Andreas Winhart, Matthias Vogler** und **Fraktion (AfD)**

Zukunft gestalten: Jetzt in Ausbildung und Fachkräfte investieren!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass rund 30 Prozent der Ausbildungsbetriebe keine Auszubildenden finden, während in Bayern zeitgleich 35 000 Jugendliche und junge Erwachsene arbeitslos sind (Stand: September 2025) und die Abbruchquote bei Ausbildungen auf 12 Prozent gestiegen ist (Drs. 19/3778).

Die Staatsregierung wird deshalb aufgefordert, sich auf allen Ebenen und mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln für die Duale Ausbildung einzusetzen, Berufsorientierungsprogramme zu stärken und Leistungsanreize für Auszubildende zu schaffen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, auf die Gleichstellung von Dualer Berufsausbildung und Studium einzuwirken und dabei folgende Maßnahmen vorzunehmen:

- Kostenvergünstigungen und Leistungsverbesserungen für bessere Mobilität
- Förderung des Baus von „Azubi-Wohnheimen“
- Beseitigung offener oder versteckter Ausbildungskosten (z. B. für Materialien und Prüfungsgebühren)
- Stipendienprogramme für Hochbegabte im Bereich der beruflichen Bildung

Darüber hinaus wird die Staatsregierung aufgefordert, auf die Umsetzung folgender Maßnahmen einzuwirken:

- Ausbildungsabschlussprämien wie bspw. den Erlass der Führerscheingebühr bei erfolgreichem Abschluss der Ausbildung mit einem Notendurchschnitt von mind. 2,5
- Verbesserungen von Beratungs- und Vermittlungsangeboten: systematische Entwürfelung, sorgfältige Evaluierung und zentrale Bündelung der vielfältigen Berufsorientierungs- und Bildungsmaßnahmen, um unnötige Maßnahmenschleifen zu vermeiden
- finanzielle Unterstützung kommunaler Projekte

Begründung:

Trotz eines historisch hohen Angebots an Ausbildungsplätzen bleiben in Deutschland weiterhin zahlreiche junge Menschen ohne Ausbildungsplatz. Auch in Bayern zeigt sich eine steigende Jugendarbeitslosigkeit. Außerdem sind etliche Bewerberinnen und Bewerber unversorgt, mit steigender Tendenz. Des Weiteren ist die Zahl der Jugendlichen, die in Bayern die Schule ohne Abschluss verlassen, auf 4 878 angestiegen. Hinsichtlich

des Fachkräftemangels ist das ein alarmierender Zustand. Er verdeutlicht die Notwendigkeit, die berufliche Bildung zu stärken und strukturelle sowie finanzielle Hürden abzubauen.

Die Duale Berufsausbildung muss in ihrer Attraktivität und Förderung dem Studium gleichgestellt werden. Kostenvergünstigungen und Leistungsverbesserungen würden die Mobilität junger Menschen erhöhen und den Zugang zu Ausbildungsplätzen erleichtern. Der Bau von „Azubi-Wohnheimen“ hilft dabei, unabhängig vom Wohnort eine hochwertige Ausbildung zu absolvieren. Die Beseitigung versteckter Kosten etwa für Materialien oder Prüfungsgebühren senkt die finanzielle Belastung der Auszubildenden. Stipendienprogramme für Hochbegabte fördern gezielt Talente im beruflichen Bildungssystem und stärken den Fachkräftenachwuchs. Prämien, wie der Erlass der Führerscheingebühren bei erfolgreichem Abschluss, setzen positive Anreize für Leistungsbereitschaft und Motivation. Sie belohnen Engagement und tragen dazu bei, die Abschlussquote zu erhöhen.

Neben Anreizen braucht es eine systematische Entrümpelung und Evaluierung der Vielzahl an Berufsorientierungs- und Bildungsmaßnahmen, um „Maßnahmenschleifen“ zu verhindern und Jugendliche sowie junge Erwachsene gezielt zu fördern. Kommunen spielen eine Schlüsselrolle bei der Vernetzung von Schulen, Betrieben und Jugendlichen. Durch gezielte finanzielle Förderung kommunaler Projekte können lokale Initiativen gestärkt, praxisnahe Ausbildungsangebote erweitert und Jugendliche direkt in den Ausbildungsmarkt integriert werden.

Die Berufsausbildung stellt trotz struktureller Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt einen zentralen Baustein für die Sicherung des zukünftigen Fachkräftebedarfs dar. Angesichts der alarmierenden Entwicklungen in den Arbeitsmarktstatistiken ist es dringend geboten, die berufliche Ausbildung auf der politischen Agenda zu priorisieren. Zu lange hat sich Bayern auf historisch gewachsene, vermeintlich selbsttragende Strukturen verlassen, ohne die Notwendigkeit struktureller Anpassungen und gezielter Fördermaßnahmen ausreichend zu berücksichtigen.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Johannes Meier, Markus Walbrunn, Roland Magerl, Franz Schmid, Elena Roon, Andreas Winhart, Matthias Vogler** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 19/8670

Zukunft gestalten: Jetzt in Ausbildung und Fachkräfte investieren!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Markus Rinderspacher

V. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Franz Schmid

Abg. Helmut Schnotz

Abg. Barbara Fuchs

Abg. Anton Rittel

Abg. Doris Rauscher

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Zur Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)

Zukunft gestalten: Jetzt in Ausbildung und Fachkräfte investieren! (Drs. 19/8670)

Ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Abgeordneten Franz Schmid für die AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Franz Schmid (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren! In Bayern sind rund 35.000 Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 15 und 25 Jahren arbeitslos. Die Arbeitslosenquote ist in dieser Altersstufe mit 4,3 % am höchsten. Nur unter den Ausländern herrscht mit 9 % eine höhere Arbeitslosenquote. Das bedeutet, dass in Bayern anteilig mehr junge Menschen arbeitslos sind als die Generation 50 plus. Das ist verheerend. Gleichzeitig finden rund 30 % der Ausbildungsbetriebe keine Auszubildenden. Die Abbruchquote bei Ausbildungen ist auf alarmierende 12 % gestiegen. Das ist kein Zufall, das ist ein Systemversagen, weshalb es Zeit wird, dass wir endlich handeln.

Lassen Sie uns die Fakten betrachten: Die Jugendarbeitslosigkeit steigt bundesweit. Seit über zehn Jahren bleiben mehr junge Menschen ohne Ausbildungsplatz, in Bayern sogar über 9.500, obwohl rund 27.500 Ausbildungsstellen frei sind. Ich frage Sie: Was ist los? – Trotz historisch hohem Angebot bleiben Tausende Jugendliche unverorgt. Auf Unternehmerseite wird von weniger abgeschlossenen Ausbildungsverträgen und von Bewerbermangel gesprochen. Vor allem in unbeliebten Branchen wie in der Lebensmittelindustrie, im Bau-, Hotel- und Gaststättengewerbe, selbst im Metallbau oder in der Fahrzeugführung fehlen Lehrlinge. Und was macht die Politik?

Wir alle kennen solche Fälle. Es geht um eine Weiterbildungsmaßnahme, beispielsweise zum Busfahrer. Für den arbeitslosen jungen Mann wird extra ein Führerschein-

modell gewählt, das länger dauert und den Arbeitslosen schonend auf die bevorstehende Prüfung vorbereiten soll. Das kostet natürlich Geld, nämlich circa 20.000 Euro, die das Jobcenter übernimmt. Anschließend gefällt dem Arbeitslosen der Beruf dann doch nicht. Verbucht wird das Ganze unter "fehlgeschlagener Eingliederungsmaßnahme".

Wir finden, man muss früher ansetzen. Die duale Ausbildung muss priorisiert werden, Berufsorientierung muss gestärkt werden, und wir müssen mehr Anreize schaffen. Es geht um die Gleichstellung der Berufsausbildung mit dem Studium. Warum soll ein Azubi benachteiligt sein? Wir fordern Kostenvergünstigungen und Leistungsverbesserungen für bessere Mobilität. Denken Sie an günstigere Tickets für die Auszubildenden, den Bau von Azubi-Wohnheimen oder an ein Stipendienprogramm, das Talente auch in der Berufsausbildung gezielt fördert,

(Beifall bei der AfD)

und an Ausbildungsabschlussprämien, wie der von uns geforderte kostenlose Führerschein bei besonders erfolgreich absolvierter Ausbildung. Was die Beratung betrifft, hat der Freistaat in den letzten Jahren ohne Frage viel für die Ausbildung getan; aber genau da liegt das Problem. Die Vielzahl an Berufsorientierungsprogrammen ist längst zu einem undurchsichtigen Dschungel geworden: zu viele Angebote, zu wenig Orientierung; Jugendliche, die von einer Maßnahme in die nächste verfrachtet werden.

Waren sie schon einmal in einer BVJ-Klasse? – Dort ist der Unterricht, der Wissenslücken schließen oder gar Orientierung bieten soll, schlichtweg unmöglich. Die Schüler sind zu unterschiedlich. In den meisten Fällen handelt es sich um eine Aufbewahrungsstätte für die Jugendlichen, die ihre Schulpflicht noch nicht beendet haben; aber von Förderung kann keine Rede sein. Wir brauchen endlich mehr Durchblick, weniger Bürokratie, mehr Klarheit. Das bedeutet: aufräumen, entrümpeln, prüfen und bündeln.

Jugendliche brauchen klare, einfache Wege in den Beruf, und Kommunen müssen unterstützt werden, damit Schulen, Betriebe und junge Menschen besser zusammen-

arbeiten für echte, praktische Chancen statt für Dauerparken im System. Im Übrigen betonen Forscher, wie beispielsweise Dr. Holger Seibert vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, dass die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit bereits im Schulsystem beginnen muss und nicht erst auf dem Arbeitsmarkt; denn junge Menschen ohne Schulabschluss oder nur mit Hauptschulabschluss sind überproportional von der Jugendarbeitslosigkeit betroffen. Dieses Jahr haben allein in Bayern fast 5.000 Jugendliche die Schule ohne Abschluss verlassen.

Die duale Ausbildung ist ein Erfolgsmodell, um das Deutschland international beneidet wird. Warum lassen wir uns diesen Erfolgsfaktor schleichend kaputt machen? Ein Blick nach Ungarn hilft. Ja, Sie können jetzt aufschreien und Ihren Hass kundtun; aber Orban hat gezeigt, wie durch sinnvolle Programme die Jugendarbeitslosigkeit und der Fachkräftemangel halbiert werden konnten, ohne auf Migration zu setzen.

Lassen Sie uns nicht warten, bis es zu spät ist. Lassen Sie uns den Fachkräftemangel als Mär erkennen und auf das zurückgreifen, was uns schon immer gerettet hat: unsere Jugend. In ihr liegt die Zukunft. Wir haben die Fachkräfte längst im Land. Sie müssen nur ausgebildet werden. Doch statt in unsere Jugend zu investieren, holen Sie Jahr für Jahr sogenannte Fachkräfte aus aller Herren Länder hierher, und trotzdem wird die Lage immer schlechter. Seltsam, oder nicht?

Es ist Zeit, dieses falsche Spiel endlich zu beenden. Die Zukunft Bayerns wird nicht importiert. Sie wächst in Bayern auf, in unseren Schulen, in unseren Werkstätten. Sie liegt in den Händen unserer Jugend.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Nächster Redner ist für die CSU-Fraktion der Abgeordnete Helmut Schnotz. Sie haben erneut das Wort.

Helmut Schnotz (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Ausbildungssystem in Deutschland und Bayern

ist ein Erfolgsmodell. Die berufliche Ausbildung bietet Jugendlichen gute Voraussetzungen für den Übergang ins Arbeitsleben und vielfältige Karriere- und Entwicklungschancen. Es gibt über 300 Ausbildungsberufe; da ist für jede und für jeden etwas dabei. Die Kombination aus Theorie und Praxis hat sich bewährt und blickt auch bei uns im Land auf eine lange Tradition zurück. Die Welt beneidet uns um das duale System; das hat selbst Herr Schmid schon festgestellt.

Von der Fortbildung zum Meister mit anschließender Selbstständigkeit im eigenen Betrieb bis hin zum Studium ist bei uns vieles möglich. Unser Bildungssystem, insbesondere in Bayern, ist extrem durchlässig.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben eine gute Situation für Ausbildungssuchende und gleichzeitig viele offene Stellen. In Bayern haben wir rund 1,5 gemeldete Berufsausbildungsstellen je Bewerberin bzw. Bewerber, so der Stand vom August 2025. Mein Dank gilt allen bayerischen Unternehmen dafür, dass sie die Ausbildungsbereitschaft ungebrochen hochhalten.

Die duale Ausbildung ist ein stabiles Fundament für ein erfolgreiches Arbeitsleben; deshalb stärken wir sie mit zahlreichen Maßnahmen. Die Staatsregierung unterstützt dabei Ausbildungsinteressierte und Unternehmen gleichermaßen, zum Beispiel in der Berufsorientierung mit der Internetplattform "BOBY – Berufsorientierung Bayern" und auf verschiedenen Berufsbildungsmessen, unterstützt den Übergang von Schule zu Beruf mit Ausbildungsakquisiteuren, Unternehmen, ESF und Förderaktionen, zum Beispiel "Fit for Work – Chance Ausbildung" und "Fit for Work – Chance Teilzeitausbildung". Außerdem nenne ich als Beispiel die Messe "Berufsbildung" vom 8. bis zum 11. Dezember 2025.

Wir agieren hier nicht im luftleeren Raum. Lassen Sie mich zwei gute Praxisbeispiele nennen, unter anderem aus meiner Heimatgemeinde, noch initiiert als Bürgermeister zusammen mit der Schule: Das Projekt "Jahrgangsübergreifende Berufswahlbegleitung", eine Berufsfindungsbegleitung, ist eine ergänzende und vertiefende Maßnahme

zur Berufsorientierung und Berufswahlentscheidung der Schüler und Schülerinnen der Jahrgangsstufen sieben bis zehn. Das Projekt verfolgt insbesondere die Ziele einer vertieften Eignungsfeststellung, einer Verbesserung des Entscheidungsverhaltens eines jeden Schülers sowie die Vertiefung berufsbezogener Kenntnisse. Ein anderes Beispiel aus der Welt der Ausbildung im Freistaat zeigt, dass Unternehmen erfolgreiche Wege bei der Gewinnung von Auszubildenden gehen: Beim Bau ihrer neuen Produktionsstätte hat zum Beispiel eine Großbäckerei in München 100 Werkwohnungen und Appartements gerade auch für seine Auszubildenden geschaffen.

Und da zum Thema Wohnheime: Der Bau und der Erhalt von Wohnheimen für Auszubildende kann in Bayern seit Inkrafttreten der Azubi-Richtlinien 2024 unterstützt werden. Gefördert wird mit einem leistungsfreien Baudarlehen von bis zu 45.000 Euro je Wohnplatz in Verbindung mit einer 25-jährigen Miet- oder Belegungsbindung. Derzeit befinden sich bereits drei Projekte mit einem Fördervolumen von insgesamt rund 7,2 Millionen Euro in Bau. Für weitere Projekte wurden Förderanträge gestellt. Zuständig – nur zur Information – sind hier die Bezirksregierungen, außerdem die Städte München, Nürnberg und Augsburg.

Gleichzeitig werden mit Meisterpreis, Aufstiegs-BAföG und dem bayerischen Meisterbonus in Höhe von 3.000 Euro gezielt Anreize gesetzt. Diese Anreize werden auch auf Bundesebene begleitet, beispielsweise durch die berufliche Begabtenförderung, die seit 2024 erstmals auch Stipendien für Auszubildende vergibt.

Also, es gibt ein großes Portfolio an Beratungs- und Vermittlungsangeboten des Bundes und des Freistaates Bayern. Diese Maßnahmen richten sich an verschiedene Zielgruppen in unterschiedlichen Lebensphasen. Deshalb sind auch verschiedene Maßnahmen notwendig. Diese Maßnahmen werden weiterhin laufend evaluiert und der Zeit angepasst aktualisiert. Ziel ist es, jedem jungen Menschen eine berufliche Perspektive zu bieten. Junge Menschen, denen der Übergang von der Schule in die Ausbildung nicht auf Anhieb gelingt, können mit entsprechend geförderten Maßnahmen zum Beispiel ihren Schulabschluss nachholen oder gezielt auf die Ausbil-

derung vorbereitet werden. Alle Maßnahmen wirken darauf hin, jungen Menschen im Anschluss eine erfolgreiche Ausbildung zu ermöglichen oder sie beispielsweise nach einer außerbetrieblichen Ausbildung in den ersten Arbeitsmarkt einzugliedern.

Die enge Zusammenarbeit der Bayerischen Staatsregierung mit den Partnern der Allianz für starke Berufsbildung in Bayern hat sich auch hier bewährt. Maßnahmen sind hier gezielt aufeinander abgestimmt. Ziele der Zusammenarbeit sind die berufsorientierte und passgenaue Beratung, Begleitung und die Unterstützung Jugendlicher und junger Erwachsener beim Übergang von der Schule in den Beruf.

Die Realität, die Unternehmen sowie die Kommunen und die Schulen im Freistaat sind schon viel weiter, als der AfD-Antrag uns hier suggerieren möchte. Wir lehnen den Antrag daher ab. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächste Rednerin ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Abgeordnete Barbara Fuchs. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Barbara Fuchs (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Die AfD kann gut abschreiben; das hat sie heute wieder bewiesen. Alles, was in ihrem Antrag steht – fast alles, was in ihrem Antrag steht –, haben wir in unterschiedlichen Variationen mehrfach schon beantragt. Nur ein Aspekt fehlt. Der Kollege Schmid hat es gerade erwähnt am Beispiel von Ungarn, dass Ungarn das Ganze ohne Migration geschafft habe. Das ist der Punkt, auf den ich mich jetzt konzentrieren werde.

Der Fachkräftebedarf ist nicht zu lösen ohne die Einwanderung aus dem Ausland. Wir brauchen bis zum Jahr 2035 über 500.000 Fachkräfte. Das schaffen wir nicht mit den Menschen, die hier geboren wurden. Wir brauchen eine gut gestaltete Migration mit Ausbildung, mit Weiterbildung, mit Fortbildung. Wenn der Antrag der AfD diesen Aspekt weglässt, ist er einfach sinnlos. Wer Mauern statt Brücken baut, wer Hetze

und Hass gegen Migration schürt, der torpediert auch die Fachkräftesicherung; denn Fachkräfte kommen nicht dorthin, wo sie sich unerwünscht fühlen. Ein Klima der Ausgrenzung mit Rassismus und pauschalen Verdächtigungen schreckt die Menschen ab, die zu uns kommen würden.

Bayern war immer stark, wenn es offen war – offen für Innovation, offen für Austausch, offen für die Menschen. Unsere Wirtschaft lebt von Internationalität. Wir müssen die Zuwanderung vereinfachen, nicht blockieren. Wir müssen Integration unterstützen, nicht behindern, und wir müssen ein gesellschaftliches Klima schaffen, das signalisiert: Ihr seid willkommen und Teil unseres gemeinsamen Erfolges. Wir bilden euch aus, wir bilden euch weiter, wir bilden euch fort – natürlich auch die jungen Menschen aus unseren eigenen Reihen; das ist selbstverständlich. So wird Bayern seinen Wohlstand, seine Innovationskraft und seinen sozialen Zusammenhalt auch in Zukunft sichern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Nächster Redner ist für die FREIEN WÄHLER der Kollege Anton Rittel. Bitte, Sie haben das Wort.

Anton Rittel (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Der Antrag der AfD ist für mich ein Schaufensterantrag. Damit soll symbolisch dargestellt werden, im dualen System würde nichts getan. Aber wir haben ein sehr gutes duales System. Ich finde das sehr gut bei uns, und wir werden auf der ganzen Welt dafür beneidet. 300 Berufe stehen im dualen System zur Auswahl, in denen man praktisch und theoretisch ausgebildet werden kann.

Die Messe "Berufsbildung" in Nürnberg ist eine der größten Messen im deutschsprachigen Raum. Sie findet vom 8. bis 11. Dezember erneut statt. Leider ist da unser Dreitageplenum. Wer aber will, kann sich fortbilden und sich das am Montag anschauen.

In dem Antrag wird gefordert, dass der Bau von Auszubildenden-Wohnheimen gefördert werden solle. Man merkt schon, dass sich manche nicht ganz so gut mit dem Antrag auseinandergesetzt haben, bevor sie ihn geschrieben haben. Seit Februar 2024 unterstützt der Freistaat den Bau von bereits drei Projekten mit einem Fördervolumen von 7,15 Millionen Euro. Für weitere Projekte sind Anträge gestellt. Es wird also bereits in Wohnheime investiert. Ich kenne viele Betriebe, die Mitarbeiterwohnungen stellen, in denen die Arbeiter wohnen können, wenn sie keine Wohnung haben. Zu diesen Betrieben habe ich ebenfalls gehört, als ich noch Angestellte gehabt habe.

Zur Forderung der Beseitigung von Ausbildungskosten und versteckter Materialkosten: Ich habe zwei Lehren im dualen System gemacht. Ich habe selbst einen Betrieb gehabt und habe ihn immer noch. Aber ich habe noch keinen Betrieb gefunden, der Kosten für das Material verlangt hat, an dem ein Lehrling zum Beispiel mit der Feile arbeitet oder das er zu Übungszwecken zusammenschweißt. Auf der anderen Seite wollen wir Bürokratie abbauen. Diese würde man schaffen, wenn man für das Material der Lehrlinge Zuschüsse gibt. Jeder Meister oder jeder Betrieb, der einen Lehrling einstellt, weiß, dass Material zu Übungszwecken zur Verfügung gestellt werden muss.

Zur Forderung von Stipendienprogrammen für Hochbegabte: Ich weiß nicht, ob das bekannt ist, aber es gibt den Meisterbonus, der gleichgestellt mit dem Master mit 3.000 oder 5.000 Euro gefördert wird. Ich bin zudem ab und zu auf einer Veranstaltung, auf der die besten Gesellen geehrt werden und ihnen von einer Hochschule ein Stipendium gesponsert wird. Ich weiß ehrlich gesagt nicht, wer das bezahlt, ob das vom Freistaat, der Industrie- und Handelskammer oder der Handwerkskammer gezahlt wird. Aber ich weiß, dass diese Gesellen ein Stipendium gewinnen können. Das war zu der Zeit schon so, in der ich meine Lehre gemacht habe. Ich habe das Stipendium leider nicht gewonnen. Es handelt sich also um einen Schaufensterantrag. Alles, was Sie fordern, gibt es eigentlich schon.

Zur Forderung der Entrümpelung der Vielzahl an Berufsorientierungs- und Bildungsmaßnahmen: Ich habe zuerst gedacht, Sie sprechen davon, dass man vielleicht

eine Wohnung entrümpeln müsse. Man muss sich einmal mit dem Sachverhalt auseinandersetzen. Das sind Maßnahmen des Bundes, also der Bundesagentur für Arbeit und teilweise auch des Bundesministeriums für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Wir können da also nichts machen. Im Freistaat Bayern sind dafür drei Ministerien zuständig: das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Bildung, das Bayerische Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales und das Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration. Warum sind daran so viele Ministerien beteiligt? – Das ist genau das, was Sie angesprochen haben. Wir wollen alle Leute ansprechen und fördern. Wir müssen im dualen System darauf achten, wie wir die draußen arbeitenden Leute behandeln. Wir dürfen den Handwerksberuf nicht abwerten. Das wäre für die Gesellschaft wichtig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke, Herr Kollege. – Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Doris Rauscher für die SPD-Fraktion. Bitte, Sie haben das Wort.

Doris Rauscher (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Über 35.000 junge Menschen in Bayern sind arbeitslos. Tausende Ausbildungsplätze bleiben unbesetzt, und zu viele Arbeitsverträge in der Ausbildung werden vorzeitig aufgelöst. Das sind keine bloßen Zahlen, das sind junge Menschen mit Träumen und Potenzial, die wir natürlich nicht im Stich lassen dürfen. Deshalb ist berufliche Bildung seit jeher ein Kernanliegen der SPD. Unsere Botschaft ist ganz klar: Niemand darf zurückbleiben!

Einige Forderungen im vorliegenden Antrag klingen bekannt. Sie stammen aus unseren und auch aus Initiativen anderer Fraktionen im Hohen Haus. Das sind Initiativen, die die AfD konsequent abgelehnt hat. Eigene Konzepte? – Fehlanzeige. Unser Konzept setzt auf frühe Berufsorientierung mit Praktika und festen Berufsberater:innen in allen Schularten, langfristige Begleitung durch besser verzahnte Förderprogramme vom Schulabschluss bis zum Ausbildungsende, starke Berufsschulen mit multiprofes-

sionellen Teams und guter digitaler Ausstattung und Chancengleichheit für alle, auch für junge Menschen mit Migrationshintergrund. Ihren Antrag lehnen wir ab.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 19/8670 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.